



Landkreistag Rheinland-Pfalz



## Bündnis für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Rheinland-Pfalz Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herstellen!

### Gemeinsamer Appell an die regierungsbildenden Parteien in Rheinland-Pfalz

Die Kommunen haben zentrale Bedeutung für den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Land und müssen dafür vielfältige Leistungen und Angebote sicherstellen: Vom Sportplatz, der Kultur, der freiwilligen Feuerwehr, den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder über soziale Leistungen, den Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur bis hin zu Klimaschutzmaßnahmen und dem ÖPNV. Das dafür benötigte Geld ist in vielen Kommunen nicht mehr vorhanden. Dadurch werden der Zusammenhalt im Land und auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefährdet!

Die Kommunen waren bereits vor der Corona-Pandemie strukturell unterfinanziert. Die Pandemie verschärft die desolante Finanzlage und zeigt zudem einmal mehr, dass die Finanzierung der Kommunen auf tönernen Füßen steht. Bricht das Wirtschaftswachstum ein, sind die Kommunen die ersten, die Einnahmeausfälle haben, denn Gewerbesteuer und der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer sind ihre Haupteinnahmequellen. Gleichzeitig steigt aber genau dann der Finanzbedarf von Kommunen, um die Leistungen so auszuweiten, dass die Krise abgefedert und bewältigt werden kann. Bei diesen strukturellen Problemen hilft einmalige Unterstützung von Bund und Land – so wichtig und richtig wie sie aktuell war - nicht nachhaltig. Die Einnahmehasis der Kommunen muss deshalb strukturell und dauerhaft verbessert werden. Hier ist zuerst das Land gefordert. Eine einseitige, überzogene Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuer ist keine Lösung. Sie erschweren Betriebsgründungen und belasten Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Zusätzlich sind viele Kommunen in Rheinland-Pfalz hoch verschuldet. Das ist auch eine direkte Folge der seit Jahren bestehenden unzureichenden Finanzausstattung. Aus eigener Kraft können diese Kommunen die Schulden nicht mehr abbauen - so auch der Verfassungsgerichtshof in seiner Entscheidung im letzten Jahr. Oftmals sind das aber genau die Kommunen, bei denen ein besonders hoher Bedarf besteht, den sozialen Zusammenhalt und die Infrastruktur besser zu finanzieren. Wir brauchen daher dringend ein Entschuldungsprogramm für die verschuldeten Kommunen durch das Land, welches das Land, aber auch die Kommunen in die Pflicht nimmt. Es ist Aufgabe des Landes, eine nachträgliche Bundesbeteiligung zu ermöglichen. Mit dem Programm müssen die Liquiditätskredite der Kommunen abgelöst werden. Die Laufzeit ist so zu bemessen, dass unter Berücksichtigung der aktuell günstigen Zinskonditionen die laufenden Tilgungsverpflichtungen zukünftige Generationen nicht belasten.

Die Kommunen müssen wieder finanziell handlungsfähig werden – für Zusammenhalt während und nach der Krise sowie für Investitionen, die die Wirtschaft wieder ankurbeln und Zukunftsthemen wie den Klimaschutz und die Digitalisierung fest im Fokus haben.